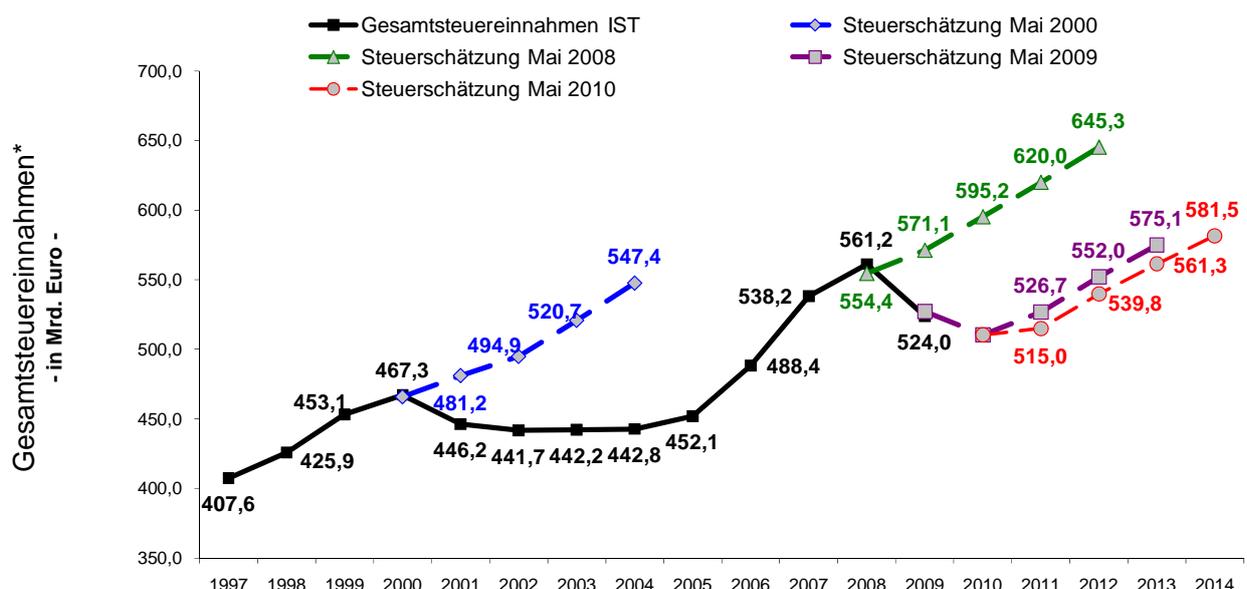


Öffentliche Verschuldung - Konsolidierung nach der Krise notwendig

Nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ wird im laufenden Jahr das Gesamtsteueraufkommen bei 510,3 Mrd. Euro und damit um rund 1,2 Mrd. Euro niedriger liegen als noch im November 2009 (511,5 Mrd. Euro) geschätzt. Gegenüber der Steuerschätzung im Mai 2009 beträgt die Abweichung nur 115 Mio. Euro. Andererseits waren im Mai 2008 die Gesamtsteuereinnahmen für das Jahr 2010 in Höhe von 595,2 Mrd. Euro geschätzt worden und sollten dann geschätzt auf 645,3 Mrd. Euro im Jahr 2012 ansteigen (Abb. 1). Diese Erwartung musste bereits im Rahmen der Steuerschätzung Mai 2009 massiv reduziert werden und ist durch die jüngste Steuerschätzung abermals gedämpft worden.

**Abb. 1: Steuereinnahmen 1997 – 2009
und Steuerschätzung**

Forschungsstelle
Finanzpolitik



* Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden; einschließlich Zölle.

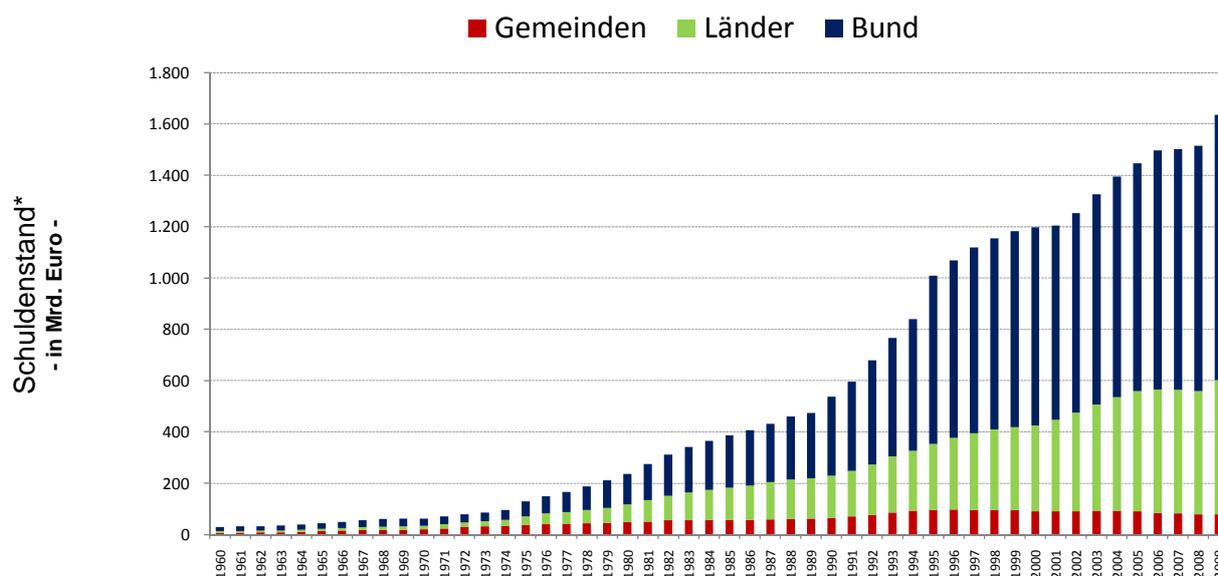
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4; Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“; Eigene Darstellung.

Aktuell ergibt sich somit eine Abweichung der Steuerschätzung Mai 2010 gegenüber der Steuerschätzung Mai 2008 von 105 Mrd. Euro im Jahr 2011 und 105,5 Mrd. Euro im Jahr 2012. Erst im Jahr 2013 werden aller Voraussicht nach die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden das Niveau der IST-Einnahmen von 2008 wieder erreichen.

Die Wirtschaftskrise hat deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Nicht zuletzt aufgrund der Einnahmeneinbrüche sind die Schuldenstände der öffentlichen Hand massiv auf insgesamt 1.636,2 Mrd. Euro (2008: 1.515,9 Mrd. Euro) angestiegen, wobei der Schuldenstand des Bundes gegenüber 2008 (956,9 Mrd. Euro) um 76 Mrd. Euro bzw. 8 % gegenüber dem Vorjahr angewachsen ist und Ende 2009 somit 1.033,3 Mrd. Euro erreicht hat. Die Verschuldung der Länder hat Ende 2009 eine Höhe von 523,8 Mrd. Euro erreicht. Dies waren 44 Mrd. Euro bzw. 9,1 % mehr als im Vorjahr, während sich der Schuldenstand der Gemeindeebene nur leicht um 0,1 Mrd. Euro bzw. 0,1 % auf 79,1 Mrd. Euro erhöht hat (Abb. 2). Allerdings sind in den Gemeindehaushalten insgesamt die Kassenkredite im Jahr 2009 um rund 5 Mrd. Euro bzw. 17,2 % auf nunmehr 34,9 Mrd. Euro angestiegen.

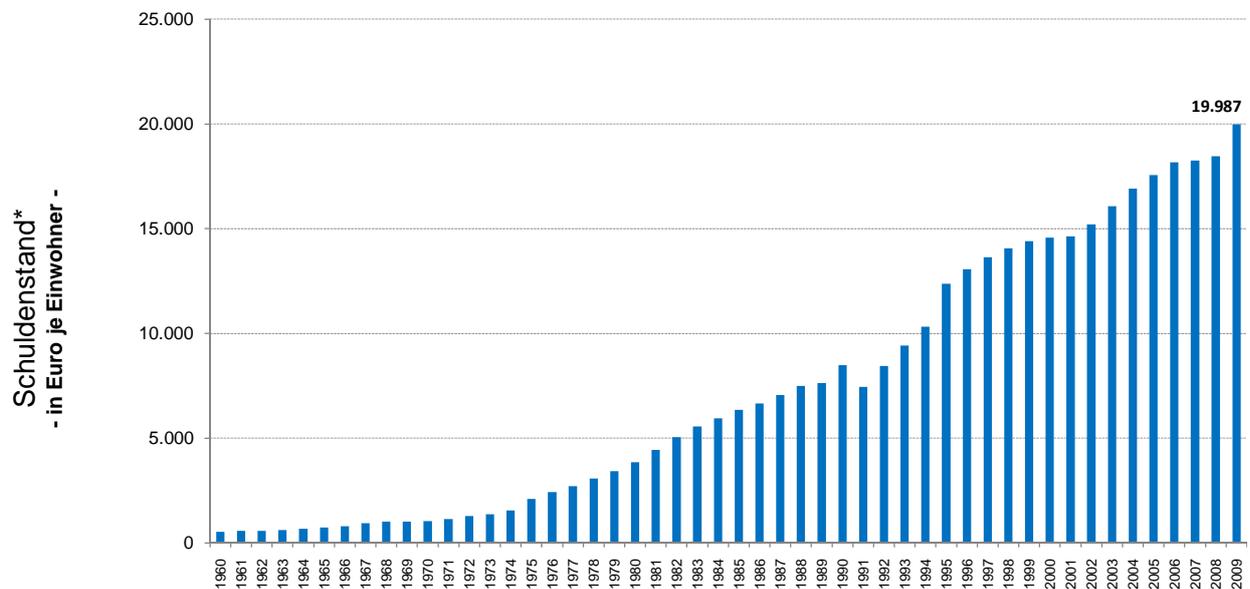
Abb. 2: Verschuldung der öffentlichen Haushalte

Forschungsstelle
Finanzpolitik



* Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4; Eigene Darstellung.



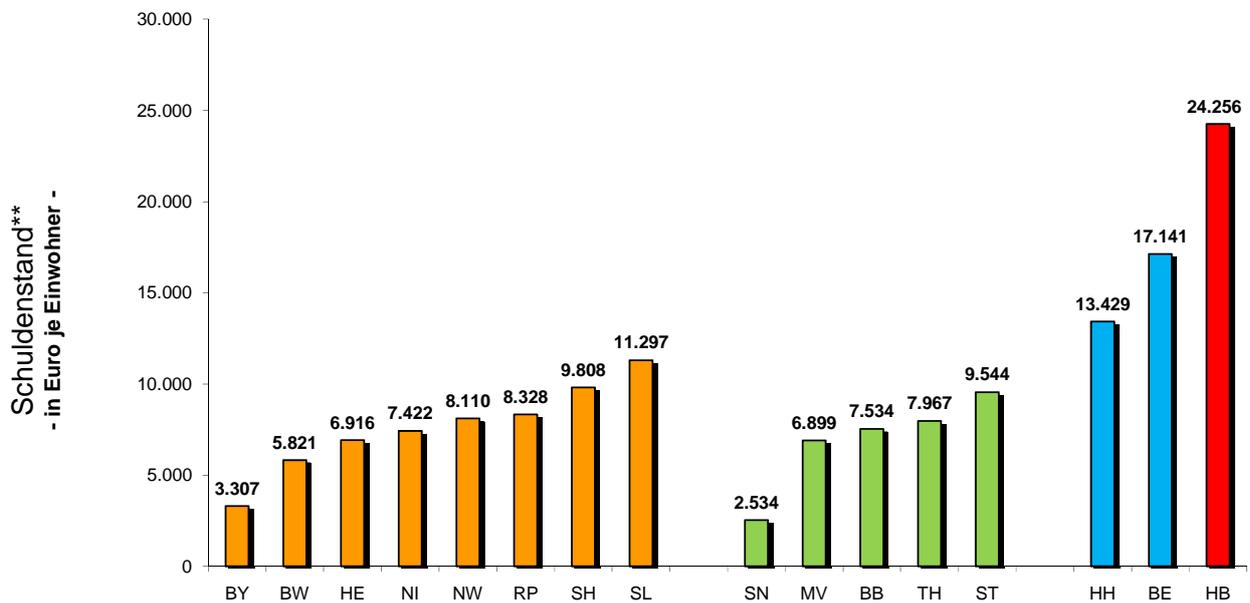
* Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5; Eigene Darstellung.

Rein statistisch belastete damit der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte jede Bürgerin und jeden Bürger durchschnittlich mit 19.987 Euro. Im Jahr 1960 lag die "statistische" Belastung der öffentlichen Verschuldung bei 520 Euro je Einwohner und noch im Jahr 2000 bei 14.579 Euro je Einwohner (Abb. 3).

In den Ländern stieg die öffentliche Verschuldung in unterschiedlichem Ausmaß. Baden-Württemberg verzeichnete in 2009 gegenüber 2008 einen Anstieg des Schuldenstandes (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) von 31 % (62.559 Mio. Euro gegenüber 47.737 Mio. Euro). Andererseits konnte in Sachsen der Schuldenstand (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) um -14,7 % zurückgeführt werden. Auch Mecklenburg-Vorpommern (- 0,9 %) und Sachsen-Anhalt (- 0,5 %) konnten ihre Schuldenstände reduzieren, während in Brandenburg und Thüringen die Schuldenstände leicht um 1,1 % bzw. 1,2 % anstiegen. Insgesamt erhöhte sich die Verschuldung der Länder- und Gemeindeebene um 7,8 %, wobei in den Stadtstaaten Bremen (+ 4,8 %) und Berlin + 5,1 %) der Schuldenstand unterdurchschnittlich und im Stadtstaat Hamburg mit + 10,5 % überdurchschnittlich anstieg. Letztlich weisen alle drei Stadtstaaten auch im Jahr 2009 bei einer länderdurchschnittlichen Verschuldung von 7.365 Euro je Einwohner die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf (Abb. 4).

Abb. 4: Verschuldung der Länder* 2009

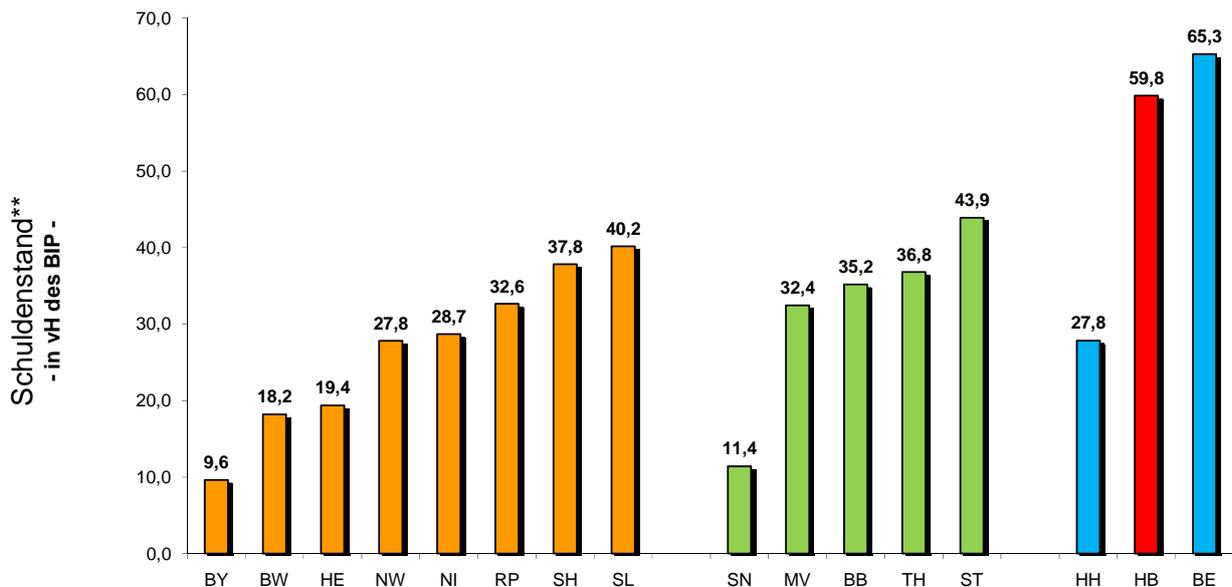


* Länder einschließlich Gemeinden/Gemeindeverbände.

** Kreditmarktschulden im weiteren Sinne; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5; Eigene Berechnung; Eigene Darstellung.

Abb. 5: Verschuldung der Länder* 2009



* Länder einschließlich Gemeinden/Gemeindeverbände.

** Kreditmarktschulden im weiteren Sinne; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5; Eigene Berechnung; Eigene Darstellung.

Hinzu kommt, dass die beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen auch gemessen am regionalen nominalen Bruttoinlandsprodukt die höchsten Belastungen aufwiesen (Abb. 5), wobei die länderdurchschnittliche Schuldenstandsquote im Jahr 2009 bei 25 % lag.

Nach Überwindung der Wirtschaftskrise wird insbesondere für die Länder die Herausforderung bestehen, mit Blick auf die gegenwärtigen Belastungen der öffentlichen Haushalte sowie auf die grundgesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des strukturellen Neuverschuldungsverbotes ab dem Haushaltsjahr 2020 a) die gegenwärtigen Finanzierungsdefizite und b) die Belastungen aufgrund der bislang entstandenen Verschuldung der öffentlichen Haushalte abzubauen. Mit Verweis auf die jüngste Steuerschätzung sowie auf die äußerst begrenzte Einnahmenautonomie der Länder, die sich auf der Länderebene auf die Grunderwerbsteuer (2,4 % aller steuerlichen Ländereinnahmen im Jahr 2009) beschränkt, wird der Konsolidierungsdruck in nahezu allen Haushalten auf der Ausgabenseite liegen. Eine ergänzende und bundesstaatlich koordinierte Einnahmepolitik scheint auch vor diesem Hintergrund geboten, sofern nicht größere Ausstattungsunterschiede zwischen den Ländern hingenommen werden sollen.

Angesichts unterschiedlicher Vorbelastungen der Haushalte der einzelnen Gebietskörperschaften und insbesondere der Stadtstaaten wird es u.a. auch darauf ankommen, wie sich notwendige Sparmaßnahmen in den Ländern im Verhältnis zur Ländergesamtheit darstellen, um ein Auseinanderdriften der Länder zu vermeiden. Dabei werden stadtstaatliche Ausgabenniveaus aufgrund der agglomerationsbedingten Mehrausgaben in Stadtstaaten gegenüber Flächenländern anders zu bewerten sein. Wobei bereits im Jahr 2009 die konsumtiven Primärausgaben je Einwohner in den Stadtstaaten Berlin (131,0 %), Hamburg (122,6 %) und Bremen (123,2 %) (Fachserie 14, Reihe 2, (Kassenstatistik)) nicht unangemessen höher gegenüber dem Länderdurchschnitt lagen. Mit Blick auf ein stadtstaatenangemessenes großstädtisches Leistungsangebot, welches durch höhere Pro-Kopf-Ausgaben gegenüber Flächenländern gekennzeichnet ist, stellt die deutlich überdurchschnittliche Schuldenbelastung in Bremen sicherlich eine Hypothek für den anstehenden Konsolidierungszeitraum dar.

André W. Heinemann